



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Neue Analyse: Strukturelle Innovationshemmnisse in ostdeutschen Kohleregionen

06.12.2021 Fachinformation

Ein Diskussionspapier zur Förderung von Innovation und Unternehmertum in den ostdeutschen Kohleregionen hat strukturelle Innovationshemmnisse in den Revieren festgestellt und konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. Die richten sich sowohl an Entscheider auf kommunaler Ebene als auch an die künftige Regierungskoalition. Am 3. Dezember 2021 wurde das Papier von der Clean-Tech Strategieberatung DWR eco, der EIT InnoEnergy, einem führenden europäischen Investor in Klimatechnologien, und EIT Climate-KIC, der EU-Agentur für Klima-Innovation, vorgestellt.

Dringend empfohlen werden unter anderem eine grüne Neuausrichtung des kommunalen Beschaffungswesens, die Einrichtung zentraler Anlaufstellen zum Abbau administrativer Hürden für Gründer, ein „Innovation Voucher“ für die oft CAPEX-lastigen Klimatechnologie-Start-ups und die Einführung einer staatlichen Wagniskapitalprämie.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz und dem Strukturstärkungsgesetz wurden sowohl das Ende der Kohleverstromung bis spätestens 2038 als auch Kompensationszahlungen an die betroffenen Kohleregionen in Deutschland gesetzlich geregelt. Bis das letzte Kohlekraftwerk planmäßig vom Netz geht, stehen für die Kohleregionen rund 40 Milliarden Euro an Fördergeldern zur Verfügung. Mit rund 26 Milliarden fällt der Bärenanteil davon in die Zuständigkeit des Bundes, während bis zu 14 Milliarden für die Investitionsvorhaben der Länder und Gemeinden vorgesehen sind. Weil sie in puncto Wirtschaftskraft gegenüber dem Rheinischen Revier und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt deutlich zurückstehen, sind die beiden ostdeutschen Braunkohleregionen in der Lausitz und in Mitteldeutschland besonders anfällig für Strukturbrüche. Um die dortigen, regionspezifischen Innovationshemmnisse besser zu verstehen und daraus wirksame, konsensfähige Lösungsansätze abzuleiten, hat das Projektkonsortium eng mit lokal verankerten Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft und Forschung zusammengearbeitet.

Als ein Kernproblem identifizieren die AutorInnen den mangelnden Abgleich der vielfältigen, öffentlich geförderten Forschungstätigkeiten mit den konkreten Bedürfnissen der regionalen Unternehmenslandschaft.

Mitautorin Ulrike Linnig, Innovation Lead Germany bei EIT Climate-KIC, kommentiert: „Die in beiden Regionen vorhandenen, durchaus erheblichen Fördergelder fließen überwiegend in die Grundlagenforschung, während die Zuschussprogramme für den Wissenschaftstransfer zu knapp bemessen sind. Auch fehlt es an einem strukturellen Austausch mit den regionalen Industrieunternehmen zur Validierung der Forschungsergebnisse hinsichtlich ihrer praktischen Relevanz. Eine Folge dieser weitgehenden Entkoppelung von Forschung und Praxis ist, dass zukunftsweisende Erkenntnisse lokaler Wissenschaftler nicht zwangsläufig zu Optimierungen ortsansässiger Unternehmen führen, oder gar zu Neugründungen. Dies ist allerdings ein entscheidender Schritt, um Kohleregionen wirtschaftlich erfolgreich in eine klimaneutrale Zukunft zu steuern.“

Auch bei der Förderung der Kundenakquise für junge Klimatechnologie-Unternehmen sehen die Autoren großen Nachholbedarf.

Co-Autor Fabian Sacharowitz, Investmentdirektor bei EIT InnoEnergy Deutschland, dazu: „Überproportional viele Klimatechnologie-Start-ups machen Hardware-Innovationen. Um diese zur Marktreife zu entwickeln, sind hohe Investitionen notwendig. Umso

entscheidender ist es für solche Start-ups, so früh wie möglich Pilotkunden zu gewinnen. So können sie an ihren Lösungen im Echtbetrieb den letzten Feinschliff für den breiten Markteintritt vornehmen, es entstehen erste Umsatzströme und vor allem Referenzen. Häufig erzeugt der erste Kunde einen Dominoeffekt. Doch leider gibt es bis dato weder im öffentlichen Beschaffungswesen noch bei regionalen Großunternehmen eine rechtlich verankerte Vorfahrt für innovative Produkte von Start-ups. Das muss umgehend geändert werden.“

Um diese Probleme anzugehen, setzen die AutorInnen in ihrem Papier auf eine Kombination an regulatorischen, informativen und auch finanziellen Lösungsansätzen, die sowohl auf Bundes- als auch auf kommunaler Ebene verortet werden.

Im Zentrum der Empfehlungen stehen folgende zehn Punkte:

1. Grünes & innovationsförderndes Beschaffungswesen: Ziel eines solchen ist es, erste Nachfrage für regionale und nachhaltig erzeugte Produkte durch Einführung ökologischer Mindestkriterien im kommunalen Vergaberegime zu schaffen. Als Zuschlagskriterien werden u.a. vorgeschlagen: regionale Präsenz des bietenden Unternehmens, CO₂-Fußabdruck, Ressourcenverbrauch oder auch der Einsatz von Recycling-Rohstoffen.
2. Innovation Voucher: Bereits vor der Produkteinführung sollten Hardware-Technologie-Start-ups mit ihren üblicherweise hohen Kosten für die Technologieentwicklung nicht rückzahlbare Zuschüsse erhalten, dies beispielsweise in Form einer „verwertungsoffenen“ Validierungsförderung, die in der angewandten Forschung mehr Spielräume für Trial and Error im technischen Stadium zulässt.
3. Wagniskapitalprämie: Kernidee des Programms ist das Co-Investment durch einen staatlichen Fond mit der Möglichkeit für die privaten Investoren, dessen Anteile nach einer bestimmten Zeit mit einer begrenzten Rendite auf Seiten des staatlichen Fonds wieder rauszukaufen. Als Blaupause könnte hier das israelische Yozma-Programm dienen - eines der erfolgreichsten Programme zur Anziehung von Risikokapital überhaupt.
4. One-Stop-Shops: Zentrale Anlaufstelle für den Abbau administrativer Hürden (genehmigungsrechtliche Verschlinkung und gebündeltes Info-Angebot der bestehenden Förderoptionen für Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen). Das zentrale System sollte in den jeweiligen Staatskanzleien angesiedelt sein und von einer „Stabstelle Strukturwandel“ verwaltet werden. Alternativ wäre eine Ansiedlung in einem neu zu gründenden Ministerium für Innovation anzustreben, um eine höchstmögliche Ressourcenausstattung zu gewährleisten.
5. Climate Education Programm: innerbetriebliche Sensibilisierung (Coachings und Workshops) für die Auswirkungen von Umweltrisiken und damit verbundenen regulativen Herausforderungen auf das Geschäft.
6. Open Knowledge Network: Förderung eines bidirektionalen, supraregionalen Austauschs mit anderen europäischen Innovationsregionen und Strukturwandelregionen, um Erfahrungen aus anderen Regionen zu transferieren, die eigene Region besser auf strategische, europäische Bedarfe abzustimmen und die eigenen Erfolge sichtbarer zu machen.
7. „Zero Carbon Raw Material“ – IPCEI (Important Project of Common European Interest) in der Region ansiedeln: Um die internationale Strahlkraft der Regionen zu erhöhen, sollte der Bund gemeinsam mit einem weiteren EU-Mitgliedstaat, wie etwa Polen (ebenfalls große Bedeutung der energie- und ressourcenintensiven Industrie), bei der EU-Kommission für ein IPCEI werben. Ein solches Projekt könnte zudem eine identitätsstiftende Wirkung für die Regionen haben und die Zukunftsidee für Menschen vor Ort erlebbarer machen.
8. Entrepreneurship Policy - Check: Sämtliche geplante regulative Vorhaben sind in allen innovationspolitisch relevanten Ressorts einem Innovationscheck in Form einer Folgenabschätzung sowie einer Evaluation der Maßnahmen (ex post) zu unterziehen.
9. Scouting und Matching- Plattform: bessere Erfassung bisheriger Meilensteine und Best Practice-Projekte von Start-ups und wissenschaftlichen Vorhaben. Die dadurch geschaffene höhere Transparenz kann zu einer besseren Marktbewertung von Start-ups beitragen und das Matchmaking mit regionalen Unternehmen, Investoren und Talenten erleichtern.
10. Regelmäßiger „Fitness-Check“: kontinuierliches Beratungsangebot für Start-ups innerhalb der ersten drei Jahre („Valley of Death“). Als Blaupause kann hier das bereits existierende Investforum Startup Service oder der Weinberg Campus Accelerator dienen.

Das Diskussionspapier in voller Länge gibt es hier zum Download.

Über das Diskussionspapier

Das Impulspapier „Handlungsempfehlungen zur Förderung von Innovation und Unternehmertum in den ostdeutschen Kohleregionen“ ist als Diskussionsbeitrag für die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Innovationsstandorts in den Strukturwandelregionen Lausitz und Mitteldeutschland zu verstehen. Hierbei geht das Papier insbesondere der Frage nach, wie regionales Unternehmertum durch ein flankierendes Förderregime angeregt und Innovationen marktfähig gemacht werden können.

Um die regionalspezifischen Innovationshemmnisse in der Lausitz und in Mitteldeutschland besser zu verstehen und wirksame, konsensfähige Lösungsansätze abzuleiten, hat das Projektkonsortium von DWR Eco, EIT Climate-KIC und EIT InnoEnergy zusätzlich zu den eigenen Projekterfahrungen und Recherchen das Knowhow lokal verankerter Akteure berücksichtigt. Hierzu wurden im Dezember 2020 zwei Workshops mit Vertretern regionaler Forschungseinrichtungen, aus der Verwaltung und aus der lokalen Wirtschaft abgehalten. Die darin gewährten Einblicke und gemeinsam erarbeiteten Vorschläge wurden gesammelt, konsolidiert und sind in die anschließende Entwicklung der Handlungsempfehlungen mit eingeflossen. Auch wurde das Papier den Workshopteilnehmern vor Veröffentlichung vorgelegt.

<https://bbu.de/beitraege/neue-analyse-strukturelle-innovationshemmnisse-ostdeutschen-kohleregionen>